



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Elterngeld kommt zum 1. Januar 2007 – ein sozialdemokratisches Versprechen wird erfüllt

*Zur Einigung des Koalitionsausschusses zur Ausgestaltung des künftigen Elterngeldes erklärt die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete **Christine Lambrecht (SPD)**:*

„Das Ergebnis des gestrigen Koalitionsausschusses ist eine gute Nachricht für die Familien: Das Elterngeld nach skandinavischem Vorbild kommt zum 1. Januar 2007.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die gefundenen Regelungen ausdrücklich - mit ihnen wird ein zentrales Versprechen sozialdemokratischer Familienpolitik erfüllt. Das Elterngeld wird dem Wunsch junger Paare nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht und ist ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die in der Koalition jetzt festgelegten Eckpunkte orientieren sich eng an dem bereits von unserer früheren Bundesfamilienministerin Renate Schmidt verfolgten Konzept, das wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen auch als zentrales Vorhaben im Koalitionsvertrag verankern konnten.

Das neue Elterngeld wird 67 Prozent, maximal 1.800 Euro, des monatlichen Nettoeinkommens des betreuenden Elternteils ersetzen. Alle, die vor der Geburt kein eigenes Einkommen bezogen haben, erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 300 Euro. Wie das bisherige Erziehungsgeld bleibt auch das Elterngeld ohne Anrechnung auf andere Sozialleistungen, insbesondere das Arbeitslosengeld II. Das war für uns Sozialdemokraten ein ganz wichtiges Anliegen sozialer Gerechtigkeit.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Die Leistung wird künftig für 14 Monate gezahlt, wenn sich beide Elternteile an der Kinderbetreuung beteiligen und jeder Partner mindest für zwei Monate seine berufliche Tätigkeit zu diesem Zweck unterbricht beziehungsweise reduziert - ansonsten gibt es das Elterngeld nur für 12 Monate. Allein Erziehende können die Leistung grundsätzlich die vollen 14 Monate erhalten. Die "Partnermonate" sind für uns ein unverzichtbares gleichstellungspolitisches Element der neuen Leistung, an dem wir gegen alle Kritik der vergangenen Wochen festgehalten haben.

Das Elterngeld ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Modernisierung der Familienpolitik, den wir Sozialdemokraten auf den Weg gebracht haben. Es ergänzt unsere Anstrengungen zum Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, für den wir in der letzten Wahlperiode mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) für die unter Dreijährigen und das Ganztagschulprogramm entscheidende Impulse gesetzt haben. Diesen erfolgreichen familienpolitischen Weg wollen wir auch in Zukunft fortsetzen“.